Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2911

30. 05. 79

Sachgebiet 75

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dollinger, Dr. Biedenkopf, Dr. Narjes, Pfeifer, Dr. Waigel, Benz, Engelsberger, Gerstein, Dr. Hubrig, Lenzer, Dr. Probst, Dr. Riesenhuber, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Neuhaus, Kolb, Hauser (Krefeld), Dr. Laufs, Dr. Stavenhagen, Ey, Dr. Unland, Dr. Blüm, Dr. Hoffacker, Dr. Hüsch, Zeyer und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/2818 –

Situation und Zukunftsaussichten der Kraftwerksindustrie in der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft – IV A 4 – 40 64 31 – III B 2 – 02 61 10 – hat mit Schreiben vom 29. Mai 1979 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dem deutschen Kraftwerksbau zur Erfüllung der Versorgungsaufgaben im Energiebereich, sowohl in bezug auf das zu haltende bzw. weiter zu entwickelnde technische Niveau, als auch in bezug auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen des Kraftwerksbaus allergrößte Bedeutung zukommt?
>
> Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Situation des deutschen Kraftwerksbaus, insbesondere auch hinsichtlich einer großen Zahl qualifizierter Arbeitsplätze für eine beträchtliche Anzahl von Berufszweigen, größte Bedeutung zukommt?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß einem leistungsfähigen Kraftwerksbau wesentliche Bedeutung für die deutsche Elektrizitätsversorgung zukommt.

Bei zu erwartender weiter überproportional steigender Stromnachfrage und zunehmendem Ersatzbedarf für alte Kraftwerke wird es auch in Zukunft darauf ankommen, daß die volle Palette der für eine leistungsfähige deutsche Elektrizitätswirtschaft erforderlichen Kraftwerkstypen bereitgestellt wird.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

Die Bundesregierung mißt der Kraftwerksindustrie auch im industriellen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland sehr große Bedeutung bei. Allein bei den Kraftwerksherstellern sind rd. 27 000 überwiegend besonders qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt. Hinzu kommen schätzungsweise 100 000 bis 120 000 Beschäftigte bei der Zulieferindustrie. Für eine Reihe von Unternehmen, insbesondere in Teilbranchen des Maschinen- und Stahlbaus, sowie der Elektroindustrie spielt der Kraftwerksbau eine wichtige Rolle für die Erhaltung und Weiterentwicklung des technischen Niveaus, die Auslastung vorhandener Kapazitäten und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Erkennt die Bundesregierung, daß andere wesentliche Industrieländer ihrem Kraftwerksbau, insbesondere ihrer Reaktorindustrie, in nachhaltiger Weise größte Förderung zukommen lassen?

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß sich die weitaus größere und nachhaltigere Förderung des Kraftwerksbaus in anderen westlichen Industrieländern auch auf die Situation, in Sonderheit auf die Zukunfts- und Exportaussichten des deutschen Kraftwerksbaus, nachteilig auswirken wird?

Ist die Bundesregierung bereit, aus der unterschiedlichen Situation des Kraftwerksbaus anderer westlicher Industrieländer und des deutschen Kraftwerksbaus politische Konsequenzen zu ziehen?

Ist die Bundesregierung bereit, die für deutsche Kraftwerkshersteller offensichtlich bereits bestehenden Konkurrenznachteile auf den Auslandsmärkten im einzelnen darzulegen?

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den bestehenden Benachteiligungen der deutschen Kraftwerksindustrie auf Auslandsmärkten ziehen?

Bei einem Vergleich mit Förderungsmaßnahmen in anderen Ländern ist eine generalisierende Aussage nicht möglich.

Wie in der Bundesrepublik Deutschland nutzt auch die Kraftwerksindustrie anderer Länder das technische know how aus der Forschungs- und Entwicklungsförderung fortgeschrittener Reaktorlinien in diesen Ländern. Projekte dieser Art werden zum Teil auch als internationale Gemeinschaftsvorhaben durchgeführt. Darüber hinaus gibt es in den meisten Ländern weitere Förderungsmaßnahmen, deren Ausmaß und Wirkung auf die Absatzchancen im einzelnen schwer zu beurteilen sind.

Die Bundesregierung kann daher nicht bestätigen, daß durch eine größere finanzielle Förderung die Absatzchancen der ausländischen Kraftwerksindustrie verbessert werden.

Die deutsche Kraftwerksindustrie ist in der Lage, auf den Auslandsmärkten Spitzentechnologien anzubieten. Sie konnte sich bei vielen Projekten auch gegenüber ausländischer Konkurrenz durchsetzen. Ihr stehen die allgemeinen Maßnahmen der Exportförderung, insbesondere das Bürgschaftsinstrumentarium für Exportkredite zur Verfügung, das gerade für Kraftwerksprojekte in beträchtlichem Maß in Anspruch genommen wird. Die Bundesregierung beabsichtigt, auch in Zukunft die üblichen Instrumente einzusetzen, um die Kraftwerksindustrie bei der Wahrnehmung ihrer Chancen im Export zu unterstützen.

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der deutsche Kraftwerksbau, um auf den Auslandsmärkten auf die Dauer konkurrieren zu können, sowohl aus technischen als auch wirtschaftlichen Gründen in einem Mindestumfange auf den Inlandsmarkt angewiesen ist, und erkennt die Bundesregierung, daß dieser Mindestumfang des Inlandsmarktes für den deutschen Kraftwerksbau bereits unterschritten wurde?

Die augenblickliche Situation im Kraftwerksbau ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Stromverbrauch aus konjunkturellen wie branchenspezifischen Gründen hinter den Erfahrungswerten früherer Jahre zurückgeblieben ist. Während der Stromverbrauch von 1974 bis 1978 nur ca. 15 v. H. stieg, wurden die Kapazitäten um ca. 35 v. H. ausgeweitet. Die gegenwärtigen, auf höheren Stromverbrauch ausgerichteten Kraftwerkskapazitäten von 86 900 MW enthalten daher über die notwendige technische Kraftwerksreserve hinaus Leistungsreserven. Diese sind allerdings auf den Mittellastbereich beschränkt und werden durch die Verbrauchsentwicklung in wenigen Jahren aufgezehrt sein.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß der Absatz auf dem heimischen Kraftwerksmarkt eine wichtige Voraussetzung auch für einen dauerhaften Absatzerfolg auf den Auslandsmärkten ist. Zur Beantwortung der Frage, ob und inwieweit ein Mindestumfang des Inlandsmarktes bereits unterschritten ist, bedarf es einer differenzierten Betrachtung der Situation einzelner Kraftwerkshersteller sowie der am Kraftwerksbau beteiligten Zulieferer, die hier im einzelnen nicht dargelegt werden kann. Auf die besondere Situation in den einzelnen Zweigen des deutschen Kraftwerkbaus wird an anderer Stelle der Antwort auf diese Kleine Anfrage eingegangen.

Besondere Probleme bereitet die hinlänglich bekannte Situation im Kernkraftsektor. Hier sind z. Z. neun Anlagen mit 9000 MW in Bau, daneben sind zwei Vorhaben mit 2700 MW gerichtlich gestoppt (Brokdorf, Wyhl). Eine Reihe weiterer Projekte sind in konkreter Planung, ohne daß bisher aus unterschiedlichen Gründen eine 1. Teil-Errichtungsgenehmigung erteilt worden wäre.

Auch das Auftragsvolumen für konventionelle Kraftwerke ist seit 1976 stark zurückgegangen. Nach Angaben der Industrie betrug es in den Jahren 1976 bis 1978 im Mittel 1,3 GW im Vergleich zu 3,3 GW pro Jahr im Zeitraum 1970 bis 1975.

Zur Zeit sind an Steinkohlekraftwerken zur Inbetriebnahme bis Mitte der 80er Jahre rd. 7,5 GW in Bau bzw. fest eingeplant. Je nach Entwicklung der Stromnachfrage können zusätzliche weitere Projekte in Angriff genommen werden.

Bestätigt die Bundesregierung, daß die Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) ihrerseits seit Jahren auf die Weiterentwicklung der Kerntechnik und auf den Ausbau der Kernenergienutzung in den Industrieländern drängt, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf den zukunftsgroßen Ölbedarf zahlreicher Entwicklungsländer, die in den nächsten Jahrzehnten weder über das Kapital noch über die erforderliche technische Infrastruktur für den Einsatz der Kernenergie verfügen werden?

Es ist zutreffend, daß in den vergangenen Jahren einzelne Länder der OPEC die Industrieländer verstärkt auf die Bedeutung energiesparender Maßnahmen und alternativer Energiequellen wie die Kernenergie hingewiesen haben, nicht zuletzt auch wegen des zu erwartenden steigenden Energiebedarfs der Entwicklungsländer.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß den Entwicklungsländern eine angemessene Beteiligung am Welterdölmarkt zu Preisen ermöglicht werden muß, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht entscheidend einschränken. Hierin – und dies hat die Bundesregierung wiederholt deutlich gemacht – liegt einer der Gründe für die Notwendigkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den Industrieländern.

> Erkennt die Bundesregierung als Folgerung aus der hier gegebenen Begründung und den vorgenannten Fragen, daß die bestehenden Investitionshemmnisse in der deutschen Energiewirtschaft, sowohl für Steinkohle – als auch für Kernkraftwerke, unverzüglich beseitigt werden müssen?

Die Genehmigung konkreter Kraftwerksprojekte obliegt den zuständigen Behörden der Bundesländer. Die Rolle der Bundesregierung beschränkt sich – abgesehen von der Rechts- und Fachaufsicht nach dem Atomgesetz – vornehmlich auf das Setzen von Rahmendaten. Wesentlich für die Realisierung von Neubauprojekten, insbesondere von Kohlekraftwerken, sind die Genehmigungsvoraussetzungen im Umweltschutzbereich. Die Bundesregierung mißt insoweit der Verabschiedung der Novelle zum Bundes-Immissionsschutzgesetz erhebliche Bedeutung zu. Von Bedeutung ist weiterhin ausreichende Standortvorsorge für Kraftwerke durch die Bundesländer. Die meisten Bundesländer verfügen inzwischen über Standortvorsorgeplanungen.

Die Kraftwerksplanungen für Steinkohlekraftwerke machen deutlich, daß – von Einzelfällen abgesehen – insgesamt ein bedarfsorientierter Zubau möglich ist.

Erste Teil-Errichtungsgenehmigungen für neue Kernkraftwerke sind seit 1977 nicht mehr erteilt worden.

Die Bundesregierung hat erst in diesen Tagen ihre Stellung zur Kernenergie erneut deutlich gemacht und darauf hingewiesen, daß die in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms hierzu niedergelegten Grundsätze unverändert fortgelten.

Vordringlich ist die Fertigstellung der in Bau befindlichen Kernkraftwerke. Die Landesregierungen sollten die Genehmigungsverfahren zügig durchführen. Die Bundesregierung hofft, daß die Gerichtsentscheidungen des vergangenen Jahres, insbesondere die Verwaltungsgerichtsentscheidungen zu den Projekten Philippsburg I und Esensham sowie der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes zu Kalkar zu größerer Rechtsklarheit führen und Genehmigungsverfahren und Prozeßrisiko überschaubarer machen.

Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Zweigen des deutschen Kraftwerksbaus, d. h. im

— Dampfkesselbau, Reaktorbau,
— Rohrleitungsbau,
— Turbinenbau,
— Generatorenbau,
— Meß- und Regeltechnik?

Die ungünstige Auftragslage im Kraftwerksbau wirkt sich auch auf die wirtschaftliche Situation der am Kraftwerksbau beteiligten Industriezweige aus. Besonders betroffen sind Hersteller, die überwiegend Komponenten für Kraftwerke fertigen und kaum Kompensationsmöglichkeiten auf anderen Gebieten haben. Dies gilt vor allem für die Hersteller von Großkesseln, Reaktoren, Dampfturbinen, Generatoren, insbesondere Turbogeneratoren. Hier ist es in der letzten Zeit zu unausgelasteten Kapazitäten gekommen. Die verstärkten Bemühungen um Auslandsaufträge haben zwar für einen gewissen Ausgleich sorgen können; auf längere Sicht können diese aber ausbleibende Inlandsaufträge nicht voll ersetzen.

Ähnliche Probleme bestehen in den vom Kraftwerksgeschäft abhängigen Teilen der Meß- und Regeltechnik.

Etwas günstiger ist dagegen nach Aussagen aus der Wirtschaft die derzeitige Situation im Rohrleitungsbau. Die im Rohrbau Beschäftigten sind vielseitig einsetzbar und daher weniger vom Kraftwerksbau abhängig. Durch Planung und Realisierung von Fernversorgungssystemen – besonders in Ballungsgebieten – dürfte dieser Zweig auch weiterhin kaum Beschäftigungsprobleme haben.

Erkennt die Bundesregierung die Gefahr, daß der deutsche Kraftwerksbau auf Grund der in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht verschlechterten Situation in zunehmendem Maße von ausländischen Lizenzen abhängig wird?

Eine die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Kraftwerksindustrie beeinträchtigende Abhängigkeit von ausländischen Lizenzen liegt nach Kenntnis der Bundesregierung nicht vor.

Erkennt die Bundesregierung die Gefahr, daß mit einer auf Dauer verschlechterten Situation des deutschen Kraftwerksbaus wichtige Impulse sowohl für unsere Grundlagenforschung als auch für die anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung verloren gehen?

Die Bundesregierung fördert die Entwicklung neuer Kraftwerkstechnologien unabhängig von der aktuellen Marktsituation. Sie sieht daher keine Gefahr für die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung auf diesem Gebiet.

Die Forschungsarbeiten zum Hochtemperaturreaktor und zum Schnellen Brüter gehen in den Großforschungszentren und den entsprechenden Unternehmen im geplanten Umfang voran. Die Forschungsarbeiten zur Reaktorsicherheit wurden im letzten Jahr nachhaltig verstärkt.

Die nichtnukleare Energieforschung wurde z. B. durch Bildung des Entwicklungsschwerpunktes „Umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke" erheblich ausgeweitet. Mit den Entwicklungsarbeiten zu fortgeschrittenen Kraftwerkssystemen, Kraftwerk mit Kohledruckvergasung, mit druckbetriebener Wirbelschichtfeuerung oder nach dem Kohleumwandlungsverfahren werden pro Jahr rd. 100 Mio DM für die Forschung auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnik eingesetzt.

Staatliche Forschungs- und Entwicklungsförderung reicht allerdings allein nicht aus, um die Forschungskapazität der Industrie zu erhalten und zu vergrößern. Hierzu bedarf es auch eines ausreichenden Auftragsvolumens der Industrie.